# NIEDERSCHRIFT StuB/0006/2026

über die Sitzung des **Stadtentwicklungs- und Bauausschusses** am 08.09.2026 im Sitzungssaal **des Rathauses**.

Vorsitzender:

| | |
|---|---|
| Herr Peter Rose | |

Ausschussmitglieder:

| | |
|---|---|
| Herr Tayfun Averbeck | Vertretung für Herrn Markus Nowak |
| Frau Tatiana Holtmann | |
| Herr Robert Dürhager | Vertretung für Herrn Christof Peter-Dosch |
| Herr Thomas Walbaum | |
| Frau Beatrix Ahlers | |

Sachkundiger Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NRW:

| | |
|---|---|
| Herr Patrick Dieker | |
| Frau Birgit Kirsten | Vertretung für Frau Irmgard Ueding |
| Herr Norbert Suchanek | Vertretung für Herrn Bernd Kösters |

Von der Verwaltung:

| |
|---|
| Frau Michaela Besecke |
| Herr Rainer Hein |
| Herr Tobias Mader |

Schriftführerin:

| |
|---|
| Frau Ute Höning |

| | |
|---|---|
| Beginn der Sitzung: | 18:00 Uhr |
| Ende der Sitzung: | 20:10 Uhr |

Der Ausschussvorsitzende Herr Peter Rose begrüßt alle Anwesenden und stellt zuerst fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich seitens der Ausschussmitglieder kein Widerspruch.

# TAGESORDNUNG

## I. Öffentliche Sitzung

**1. Sanierung der Münsterstraße (L 581) von der Kreuzung Sandweg stadtauswärts**

Vor Beginn der Beratungen meldet sich Frau Kirsten und teilt mit, dass sie zu diesem Tagesordnungspunkt befangen ist. Sie nimmt weder an der Beratung noch an der Abstimmung teil.
Für die Verwaltung macht Frau Besecke – nachdem sie die Abwesenheit des Bürgermeisters entschuldigt hat - folgende Ausführungen:
Verwaltungsseitig ist noch einmal in aller Deutlichkeit hervorzuheben, dass die Radwegeführung der Planung nicht der Wunschvorstellung entspricht. Da sich an dem Teilabschnitt der Münsterstraße nur südlich Wohnbebauung findet, wird sowohl von Straßen NRW, als auch seitens der Verwaltung die heutige Radwegeführung gegenläufig auf der südlichen Straßenseite favorisiert. In Kombination mit einer Ampelanlage im Kreuzungsbereich zur Kreisstraße und Bergstraße wird dies als die richtige und praktikable Lösung gesehen. Alle Versuche über Bezirksregierung, Landesbehörden, Ministerien und Landtagsabgeordnete waren leider erfolglos. Im Ergebnis muss sich der Entscheidung der Bezirksregierung gebeugt werden. Die Straße und Entwässerung müssen dringend saniert werden und auch der Gehweg ist teilweise in einem sehr schlechten Zustand. Ein Abwarten ist daher keine Lösung, zumal auch nicht damit gerechnet werden kann, dass sich auf den Entscheidungsebenen die Einschätzung ändern wird.

Anschließend stellen Herr Mortenkötter, Projektleiter, und Herr Hölscher, Sachbearbeiter beim Landesbetrieb Straßen.NRW, die Planung anhand einer Präsentation vor, die als Anlage 1 zur Niederschrift im Ratsinformationssystem eingestellt wird. Anlass der Planung seien insbesondere Konfliktpotentiale des bisherigen einseitigen Radweges an den Kreuzungsbereichen Nottulner Straße und Daruper Straße. Die Bezirksregierung habe daher einen beidseitigen Ausbau gefordert. Lichtsignalanlagen seien nicht vorgesehen; stattdessen seien größere bzw. breitere Querungshilfen geplant. Nach der vorgestellten Planung müsse lediglich ein Baum gefällt werden. Eine alternative Ausführung mit Hochbord im nördlichen Bereich würde voraussichtlich die Fällung von neun weiteren Bäumen, Grundstückserwerbe sowie gegebenenfalls Stützwände und Anpassungen der Verrohrung erfordern. Herr Hölscher erläutert die geplante Gestaltung der Grundstückszufahrten mit Schwellensteinen. Diese müssten so ausgeführt werden, dass keine Stolpergefahr bestehe und sie auch für mobilitätseingeschränkte Personen passierbar seien. Frau Besecke weist darauf hin, dass entsprechende Schwellensteine aufgrund des durchgeführten Fußwegechecks bereits bei aktuellen Planungen berücksichtigt würden.

Aus den Fraktionen werden insbesondere Bedenken hinsichtlich der unterschiedlichen Breiten und Aufteilung der Verkehrsflächen sowie der Sicherheit des Radverkehrs geäußert. Herr Walbaum (SPD) kritisiert die unterschiedlichen Fahrbahn- und Schutzstreifenbreiten und sieht insbesondere auf der nördlichen Seite Konfliktpotential. Herr Suchanek

(CDU) regt eine andere Flächenaufteilung zugunsten der nördlichen Seite an und schlägt eine bauliche Abgrenzung des Radfahrbereichs vor. Herr Mortenkötter weist darauf hin, dass der Schutzstreifen rechtlich Bestandteil der Fahrbahn sei.

Frau Holtmann (CDU) betont die Priorität der Sicherheit des Radverkehrs und spricht sich für eine entsprechende Überarbeitung der Planung aus, auch wenn dadurch zusätzliche Kosten und Baumfällungen entstehen sollten. Herr Dieker (SPD) hält die Planung für nicht ausreichend an den Bedürfnissen der Bevölkerung und den Anregungen der Anwohner orientiert und fordert eine Alternativplanung. Er bittet insbesondere um Angaben zu erforderlichen Grundstücksflächen, betroffenen Eigentümern und möglichen Erwerbskosten. Die SPD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag in der vorliegenden Form nicht zustimmen.

Frau Ahlers und Herr Dürhager (Bündnis 90/Die Grünen) schließen sich den Sicherheitsbedenken an. Sie wünschen sich außerdem eine Geschwindigkeitsreduzierung, die aber nach Auskunft von Herrn Mortenkötter nur durch den Kreis Coesfeld angeordnet werden könne. Zudem werden die unterschiedliche Gestaltung der beiden Straßenseiten, die Nutzung des nördlichen Radweges, die Querungshilfen sowie eine mögliche Kombination von Rad- und Gehweg thematisiert. Herr Dürhager regt außerdem eine farbliche bzw. rote Markierung für links abbiegende Radfahrer im Bereich der Aral-Tankstelle an.

Herr Walbaum weist erneut auf das bisherige Zuparken des Schutzstreifens sowie die aus seiner Sicht problematische Bezeichnung und Ausgestaltung hin. Er spricht sich ebenfalls für eine Alternativplanung aus. Frau Besecke stellt klar, dass die Stadt lediglich die Kosten für den Gehweg zu tragen habe.

Herr Rose (CDU) gibt den Wunsch aus der Bevölkerung sowie von Verwaltung und Bürgermeister nach einer schmaleren Gestaltung der südlichen Seite und einer entsprechenden Verbreiterung der nördlichen Seite wieder. Er regt an zu prüfen, in welchem Umfang hierfür in die Böschung eingegriffen werden müsste.

Herr Mortenkötter erklärt auf Rückfrage des Vorsitzenden, dass die Planung unter Berücksichtigung der vorgetragenen Anregungen und Bedenken überarbeitet und dem Ausschuss erneut vorgestellt werde. Der Ausbau der innerstädtischen Münsterstraße sei für 2027 vorgesehen.

**Beschluss:**

~~Die Stadt Billerbeck stimmt der Ausbauplanung der Münsterstraße zu. Die erforderlichen Mittel sind im Haushalt 2027 ff zu verplanen.~~

Die Stadt Billerbeck fordert Straßen NRW auf, die Planung noch einmal – mit der Zielsetzung einer nördlichen Fahrradwegführung mit Hochbordanlage zu realisieren – zu prüfen.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**2. Freiflächenphotovoltaikanlagen**
**hier: Vorstellung einer Konzeption zur räumlichen Steuerung**

Herr Rose nimmt Bezug auf die Vorberatungen im Bezirksausschuss und erteilt Herrn Mader das Wort.

Herr Mader erläutert anhand der ursprünglichen Sitzungsvorlage und Präsentation den Sachverhalt und weist auf den im Bezirksausschuss geänderten Beschlussvorschlag hin. Er führt aus, dass im Stadtgebiet nur wenige privilegierte Freiflächenphotovoltaikanlagen (FF-PVA) möglich seien. Für größere Anlagen sei grundsätzlich eine Bauleitplanung erforderlich, sodass die Planungshoheit bei der Stadt liege. Bei der Flächenauswahl seien insbesondere die Vorgaben der Raum- und Regionalplanung sowie Natur- und Landschaftsschutz, Erholungsgebiete und Grünflächen zu berücksichtigen.

Auf Fragen von Herrn Walbaum zu den unterschiedlichen Einschränkungen für FF-PVA und Windenergieanlagen erläutern Frau Besecke und Herr Mader die unterschiedlichen rechtlichen Vorgaben und deren Entwicklung.

Auf Nachfrage von Herrn Dürhager zur Eingrünung erläutert Herr Mader, dass im Rahmen der Bauleitplanung ein Umweltbericht erstellt werde. Hierbei würden erforderliche Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen festgelegt und die Untere Naturschutzbehörde beteiligt. Die konkrete Ausgestaltung obliege der Kommune im Rahmen ihrer Abwägung.

Herr Dürhager erkundigt sich nach dem weiteren Zeitplan und den Möglichkeiten zur Steuerung der Investoren. Herr Mader erklärt, dass zunächst eine Öffentlichkeitsbeteiligung vorgesehen sei und sich anschließend potenzielle Investoren melden könnten. Bei der Auswahl der durchzuführenden Projekte seien insbesondere der Gleichheitsgrundsatz und die Möglichkeiten der textlichen Festsetzungen zu beachten. Angestrebt werde unter anderem, dass der Unternehmenssitz im Stadtgebiet liege, damit die Gewerbesteuer in Billerbeck verbleibe.

Frau Besecke weist darauf hin, dass der 100-m-Radius in der Karte dargestellt werden solle, um die betroffenen Anwohner und deren Beteiligungsmöglichkeiten sichtbar zu machen.

Auf Nachfrage von Frau Ahlers zur Beteiligung der Kommune an den Erträgen erklärt Herr Mader, dass eine Beteiligung in Höhe von 0,2 Cent/kWh vorgesehen sei.

Herr Walbaum erkundigt sich abschließend nach einer späteren Öffentlichkeitsbeteiligung. Frau Besecke bestätigt dies. In jedem konkreten Bauleitplanverfahren werden zusätzlich noch die üblichen Öffentlichkeitsbeteiligungen durchgeführt.

**Beschlussvorschlag für den Rat:**

~~Mit der Konzeption zur räumlichen Steuerung von~~

~~Freiflächenphotovoltaikanlagen auf Billerbecker Stadtgebiet wird eine einmonatige Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt.~~

1. **Die Verwaltung wird beauftragt, das in den Textlichen Vorgaben zur Steuerung des Ausbau von Freiflächenphotovoltaikanlagen genannte Kriterium (100 m Radius) in die Zeichnung der bereits gekennzeichneten Flächen einzuarbeiten.**

2. **Die Verwaltung wird beauftragt, einen Überblick über die Kriterien der Nachbarkommunen (z.B. Coesfeld, Havixbeck) zu erarbeiten.**

Anschließend Information und Weiterberatung im Ausschuss.

**Stimmabgabe:** einstimmig

## 3. Ausbau Wirtschaftswege ab 2027

Herr Rose weist auf die Vorberatungen sowie den einstimmig gefassten Beschlussvorschlag im Bezirksausschuss hin.
Seitens der Ausschussmitglieder ergibt sich kein weiterer Beratungsbedarf.

**Beschlussvorschlag für den Rat:**

Die aktualisierte Prioritätenliste zum Ausbau von Wirtschaftswegen wird beschlossen. Für den ersten Weg der Prioritätenliste 562 (COE 114) werden Haushaltsmittel eingeplant und ein Förderantrag gestellt. Bei Vorliegen eines positiven Förderbescheides sind die erforderlichen Leistungen auszuschreiben und zu vergeben.

**Stimmabgabe:** einstimmig

## 4. 7. Änderung des Bebauungsplanes "Darfelder Straße" hier: Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen und Satzungsbeschluss

Herr Mader erläutert anhand der Sitzungsvorlage und den vorab zur Verfügung gestellten Unterlagen den Sachverhalt.
Seitens der Ausschussmitglieder ergibt sich kein weiterer Beratungsbedarf.

**Beschlussvorschlag für den Rat:**

1. Der Anregung des Kreises Coesfeld (Immissionsschutz) wird gefolgt.
2. Die Hinweise von Anwohnern (Stellungnahme vom 8. August 2026), der Deutsche Telekom GmbH, des Landesbetrieb Straßenbau NRW, des Eisenbahn-Bundesamtes, der IHK Nord Westfalen, der Bezirksregierung Münster – Dezernat 54 Wasserwirtschaft, der Deutsche Bahn AG sowie des Kreises Coesfeld werden zur Kenntnis

genommen.
3. Gem. § 8 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) wird festgestellt, dass die 7. Änderung des Bebauungsplanes „Darfelder Straße“ aus dem Flächennutzungsplan entwickelt worden ist.
4. Der Rat der Stadt Billerbeck beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie der §§ 7 und 41 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) unter Abwägung aller öffentlichen und privaten Belange nach § 1 Abs. 7 BauGB die 7. Änderung des Bebauungsplanes „Darfelder Straße“ mit den örtlichen Bauvorschriften als Satzung. Diese besteht aus der Planzeichnung sowie der Begründung.
5. Gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ist ortsüblich bekanntzumachen, dass die 7. Änderung des Bebauungsplanes „Darfelder Straße“ beschlossen worden ist.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**5. 3. Änderung des Bebauungsplanes "Hilgenesch"**
**hier: Aufstellungsbeschluss und Beschluss zur Offenlage**

Herr Mader erläutert anhand der Sitzungsvorlage und den vorab zur Verfügung gestellten Unterlagen den Sachverhalt und den hieraus resultierenden Beschlussvorschlag.
Seitens der Ausschussmitglieder ergibt sich seitens der Ausschussmitglieder kein weiterer Beratungsbedarf.

**Beschlussvorschlag für den Rat:**

1. Die Aufstellung der 3. Änderung des Bebauungsplanes „Hilgenesch“ wird beschlossen. Der Änderungsbereich umfasst in der Gemarkung Billerbeck-Stadt, Flur 8 die Flurstücke 306, 309, 310, 314-316, 318, 319, 353 (tlw.), 356, 357, 364, 365, 372-375, 382, 383, 385-388, 420, 421, 505, 627 (tlw.) und 628. Eine textliche und graphische Eingrenzung des Geltungsbereiches ist dem Entwurf der Bebauungsplanänderung (Anlage 1) zu entnehmen.
2. Der Beschluss zur 3. Änderung des Bebauungsplanes „Hilgenesch“ ist gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) ortsüblich bekannt zu machen.
3. Die Bebauungsplanänderung wird im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB durchgeführt. Gemäß § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BauGB wird von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB abgesehen. Gemäß § 13 Abs. 3 BauGB wird von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB und der Erstellung eines Umweltberichts nach § 2a BauGB abgesehen.
4. Die Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgt durch Veröffentlichung des Planentwurfs im Internet gemäß § 3 Abs. 2 BauGB. Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange erfolgt gemäß § 4 Abs. 2 BauGB.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**6. P&R Weihgarten:**
**hier: Vorstellung der Planung**

Seitens der Verwaltung erläutert Frau Besecke anhand der Sitzungsvorlage und dem vorab zur Verfügung gestellten Planentwurf das Vorhaben.

Herr Walbaum weist auf den möglichen Verlust von Parkplätzen und die daraus entstehenden Probleme bei Großveranstaltungen hin. Frau Besecke erläutert, dass weiterhin Parkmöglichkeiten im weiteren Straßenverlauf bestünden. Frau Ahlers weist darauf hin, dass die Fläche bislang auch von Schulbussen genutzt werde.

Herr Dürhager regt aufgrund möglicher Starkregenereignisse die Verwendung von Rasengittersteinen an. Herr Hein erklärt, dass dies aufgrund der Bodenbeschaffenheit keine wesentliche Verbesserung der Versickerung bewirken würde. Stattdessen sei vorgesehen, Niederschlagswasser gezielt den Baumstandorten zuzuführen und dort für Versickerung und Rückhaltung zu sorgen.

Herr Dürhager bittet zudem um eine gemeinsame Erörterung der Verkehrssituation im Bereich Bahnhof, Bahnübergang, Hahnenkamp, Altenberger Straße, Am Weihgarten und des geplanten Wohngebietes mit Kreis, Politik und Anwohnern. Frau Besecke gibt den Hinweis an den zuständigen Fachbereich weiter und weist auf bereits erfolgte Ortsbesichtigungen mit den Fachbehörden hin.

Die Einrichtung einer Tempo-30-Zone wird von Frau Besecke als nicht möglich eingeschätzt. Das derzeit eingesetzte Tempomessgerät soll die Verkehrsteilnehmer sensibilisieren. Frau Ahlers regt an, dieses auch einmal hinter der Bahnlinie einzusetzen.

Auf Nachfrage von Frau Kirsten erläutert Herr Hein, dass die Straße Am Weihgarten in Richtung Freilichtbühne sowie entlang der Bahn einschließlich Stichweg endausgebaut werde. Der Ausbau erfolge abschnittsweise und einschließlich Kanalisation. Die Planung wird noch erstellt und im Rahmen einer Bürgerversammlung vorgestellt.

**Beschlussvorschlag für den Rat:**

Die Verwaltung wird beauftragt mit der vorgestellten Planung den Förderantrag zu stellen und die erforderlichen Mittel in den Haushalt 2027 ff zu verplanen. Bei entsprechender Zuwendung wird die Verwaltung beauftragt die Baumaßnahme umzusetzen.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**7. Errichtung eines Wohnhauses mit 5 Wohneinheiten an der Holthauser Straße**

**hier: Erteilung der gemeindlichen Zustimmung**

Herr Mader erläutert anhand der Sitzungsvorlage ausführlich den Sachverhalt.
Nach Rückfrage des Vorsitzenden, ob weiterer Beratungsbedarf besteht, ergeben sich keine Wortmeldungen bzw. Fragen der Ausschussmitglieder.

**Beschluss:**

Zu dem Vorhaben wird die gemeindliche Zustimmung nach § 36a Baugesetzbuch (BauGB) erteilt.

**Stimmabgabe:** einstimmig

## 8. Mitteilungen

### 8.1. Neubau eines KiGa an der Nordstraße - Frau Besecke

Frau Besecke führt zum Stand eines möglichen Neubaus eines Kindergartens an der Nordstraße Folgendes aus:
Bereits stattgefunden hat ein Termin mit dem Träger des Johann Hermann Kindergartens und dem DRK. Dabei wurde der - auch in Billerbeck zu erwartende - demographische Wandel mit sinkenden Kinderzahlen besprochen. Zwar ist der Rückgang der Kinderzahlen in Billerbeck noch überschaubar, dies wird jedoch im Zusammenhang mit dem Neubaugebiet Buschenkamp stehen. Die Verwaltung und DRK haben sich darauf verständigt, zunächst die Entwicklung abzuwarten und in zwei Jahren erneut zu besprechen, wie sich die Situation darstellt.
Der Kindergarten ist momentan mit zwei Gruppen im Untergeschoss des Schulgebäudes An der Kolvenburg untergebracht. Um den Ablauf im Kindergarten zu vereinfachen, ist vorgesehen, einen Eingang Richtung Garten zu schaffen. Heute ist der Zugang nur über den Haupteingang möglich. Zudem soll die Treppenanlage, die vom Garten Richtung Straße führt, entfernt und durch eine Rampe ersetzt werden. Im Haushaltsplanentwurf werden für das nächste Jahr Mittel für die Ertüchtigung des Standortes berücksichtigt, jedoch keine Mittel für die Planung eines Neubaus. Die vorgesehen Umbaumaßnahmen müssen noch genau geplant werden.

### 8.2. Probleme Lawi - Frau Besecke

Mit Bezug auf einen Hinweis von Herrn Walbaum teilt Frau Besecke mit, dass das Mobilfunknetz in der Lawi wieder in Betrieb und die Störung behoben ist. Zudem ist die Eingangstür gewartet worden und in dem Zuge ist die Öffnungszeit verlängert worden.

### 8.3. Markierung Zebrastreifen Industriestraße - Frau Besecke

Frau Besecke teilt mit, dass der Hinweis (Frau Holtmann) auf den mangelhaften Zustand des Zebrastreifens Industriestraße an die Straßenmeisterei weitergegeben wurde.

## 9. Anfragen

### 9.1. E-Scooter-Nutzung - Herr Walbaum

Herr Walbaum hinterfragt, in weit die Nutzung von E-Scootern im Stadtinnenbereich – insbesondere im Bereich des Berkelwanderweges (Tretbecken) zulässig bzw. erlaubt ist. Welche Regelungen gibt es?
Frau Besecke gibt diese Fragestellung weiter an den Fachbereich 10.

### 9.2. Erschließungsarbeiten Friedhofstraße / Buschenkamp - Frau Holtmann

Frau Holtmann erkundigt sich nach dem Zeitplan für die Erschließungsarbeiten Friedhofstraße / Buschenkamp.
Herr Hein entgegnet, dass die Maßnahme in der Friedhofstraße bis Ende November geplant ist – voraussichtlich allerdings zwei bis drei Wochen länger dauern werde, da die Versorgungsträger Neuverlegungswünsche geäußert haben - solange muss die Baustellenzufahrt aufgrund einer straßenverkehrlichen Anordnung aufrecht erhalten bleiben.
Bezüglich der Erschließungsarbeiten im Buschenkamp erklärt Frau Besecke, dass zurzeit keine seriöse Aussage getroffen werden kann – abhängig ist dies u.a. davon, wieviel Personal dort eingesetzt wird und wie die Witterung im Herbst sein wird.

### 9.3. Beleuchtung Steenpättken - Herr Dürhager

Herr Dürhager fragt nach, wie es mit der Beleuchtung des Stichweges (Spielplatz/Richtung Hahnenkamp) Steenpättken aussieht. Frau Besecke teilt mit, dass es ein Angebot bzw. auch einen Auftrag hierfür gibt – wann die Ausführung erfolgt, teilt Frau Besecke im Nachgang mit.

### 9.4. Standort der Bänke vor der Eisdiele - Herr Dürhager

Herr Dürhager beschreibt, dass bei der Nutzung der Bänke vor der Eisdiele im Bereich des Brunnens es immer wieder zu nassen Füßen kommt. Können die Bänke versetzt werden?
Herr Hein erläutert, dass eine Umsetzung nicht möglich ist, da ein Teil der Brunnenanlage eine unterirdisch angeordnete Pumpenanlage zwecks Be- und Entlüftung verankert ist. Genau über dieser Be- und Entlüftung sind die Bänke angeordnet.

### 9.5. Böllerverbot am Dom an Silvester - Herr Dürhager

Herr Dürhager erkundigt sich, ob es in der Stadt Billerbeck ein Böllerverbot an Silvester im Bereich des Domes gibt:
Frau Besecke gibt die Fragestellung weiter an den Fachbereich 10.

### 9.6. Sicherheitskonzept für Weihnachtsmarkt - Herr Dürhager

Herr Dürhager erkundigt sich – angesprochen von Gastronomen – nach dem Sicherheitskonzept für den Weihnachtsmarkt. Gewünscht wird eine

Vorstellung des Konzeptes in der Politik einschließlich Diskussion.
Frau Besecke teilt mit, dass dieses Anliegen ebenso an den Fachbereich 10 weitergegeben wird.

**9.7. Wiedereinsetzen von Pollern - Herr Dürhager**

Herr Dürhager möchte wissen, wer nach dem Markttag für das Wiedereinsetzen der Poller zuständig ist.
Frau Besecke gibt auch diese Frage weiter an den zuständigen Fachbereich 10.

**9.8. Tempomessgerät - Herr Dürhager**

Herr Dürhager bittet um Aufstellung des Tempomessgerätes im Bereich Richtengraben / Ende Schmiedestraße, da dort häufig Gas gegeben wird, um das grüne Lichtsignal zu nutzen.
Frau Besecke gibt die Anregung weiter an den Fachbereich 10.

| | |
|---|---|
| Peter Rose | Ute Höning |
| Ausschussvorsitzender | Schriftführerin |